



1919

91

Sächsische Zeitung und Elbgaupresse

Druckerei-Verlag: Amt Dresden Nr. 31307
Zet.-Nr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger
Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Post-Konto: Stadtbank Dresden, Giro-Konto: Blasewitz Nr. 606
Postfach-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederponitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Druckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Ercheint täglich mit den Beilagen: Kunst, Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Worte, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 8-spaltige Preiszeile mit 20 Goldspennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile mit 50 Goldspennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Zeichnungen werden mit 50% Zuschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Anfertigungsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anwendung gebracht. Kabotageanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konturs d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
82. Jahrgang

Nr. 1

Freitag, den 2. Januar

1925

Ohne Räumung keine Handelsverträge

Die Bedeutung der Besuche Hoehs bei Herriot. — Ein Mahn- und Warnruf der „Germania“. — Weitere Verhaftungen im Barmat-Skandal. — General Maercker †.

Die Abwehrwaffe Deutschlands

Wie wir schon von bestinformierter außenpolitischer Seite erfahren, dürfte ein deutsch-französischer Handelsvertrag nur dann zustandekommen, wenn in der Frage der Räumung der Röhlerzone eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erzielt wird. Die Reichsregierung kann nicht länger die Tatsache verhehlen, daß es unmöglich sein wird, in den Wirtschaftsverträgen mit Frankreich zu einer Verständigung zu gelangen, wenn die französische Politik in der Räumungsfrage neue Schwierigkeiten hervorruft. Im Berliner Auswärtigen Amt hat es großes Erstaunen hervorgerufen, daß der französische Finanzminister Clementel in seiner Erklärung vor der französischen Kammer gegenüber den jetzt wieder aufgenommenen Wirtschaftsverhandlungen einen Optimismus zum Ausdruck gebracht hat, der gerade jetzt wenig angebracht erscheint, wo die Durchführung des Pariser Vertrages durch die Stellungnahme der alliierten Regierungen in Frage gestellt wird. Für die Lösung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen ist es unerlässliche Voraussetzung, daß die politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich erheblich gestalten, denn sonst tritt genau dieselbe Komplikation ein, die durch die Voynarsche Politik geschaffen wurde. Man hat in Berlin den Eindruck, daß die französische Regierung zu ihrer jetzigen Haltung namentlich dadurch bestimmt worden ist, daß auf der am 6. Januar beginnenden alliierten Finanzkonferenz schwerwiegende Streitfragen zwischen den alliierten Regierungen zu lösen sind, die auch die außenpolitische Situation Frankreichs erschweren werden. Infolgedessen wird man die Pariser Finanzkonferenz auch in Deutschland mit großem Interesse verfolgen müssen, da es sich herausstellen wird, inwieweit die französische Politik in die Lage versetzt wird, die jetzt von ihr eingeleiteten Aktionen, die sich wieder einmal ausschließlich gegen Deutschland richten, zu liquidieren. Die französische Regierung dürfte sich nach den ihr von deutscher Seite zuteil gewordenen Informationen kaum darüber im Unklaren sein, daß Frankreich vor der Wahl steht, sich mit Deutschland politisch und wirtschaftlich zu verständigen, oder aber alle Voraussetzungen auch für das Zustandekommen eines Handelsvertrages zu zerstören.

Ein entschiedenes Wort an Herriot

Die dem Reichskanzler Dr. Marx nahestehende „Germania“ bringt einen aufsehenerregenden Artikel, der einen sehr entschiedenen gehaltenen Appell an den französischen Ministerpräsidenten Herriot enthält. Das Blatt anerkennt die günstigen Wirkungen der früheren Politik der Regierung Herriot, indem es darauf hinweist, daß die Liquidation der Voynarschen Gewaltmethoden der ganzen europäischen Politik zugute gekommen wäre. Um so überraschender sei die Tatsache, daß neuerdings die französische Regierung auf Grund falscher Alarmnachrichten einen Vorwand für die Verlängerung der Besetzung der Röhlerzone gesucht und gefunden habe. Die „Germania“ kommt dann zu folgendem Schluss: „Wir stehen nicht an, zu sagen, daß das gesamte physikalische Fundament für die Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens in großer Gefahr steht, zusammenzubrechen, und daß die Schuld dafür der voreiligen und unbeherrschten Art der Herriot'schen Anlagen zufällt. Die deutsche Mitte wird auch im Januar noch stark genug sein, eine Politik im Geiste der Verständigung mit Frankreich weiterzuführen. Trotz des Beschlusses der Völkerversammlung halten wir die Situation nicht für verloren. Eins müssen wir allerdings wünschen, daß nämlich wieder mit Offenheit und Ehrlichkeit gearbeitet wird, und daß Herriot die Gründe dafür angibt, die ihn zu seiner jetzigen Politik bestimmen.“

Neujahrsempfang beim Reichspräsidenten

Reichspräsident Ebert empfing am Neujahrstage in der üblichen Weise die Chefs der diesseits fremden diplomatischen Vertretungen. Die Glückwünsche des diplomatischen Korps brachte der apostolische Nuntius Monsignore Vacelli als Botschaft mit einer Ansprache zum Ausdruck.

Der Reichspräsident erwiderte mit folgenden Worten: „Nehmen Sie meinen aufrichtigen Dank entgegen für die Glück- und Segenswünsche, die Sie im Namen des diplomatischen Korps dem deutschen Volke und mir auszusprechen die Güte hatten.“

Es ist mir eine lebhafteste Befriedigung, mit Ihnen feststellen zu können, daß im vorangehenden Jahre an der Behandlung schwerwiegender, internationaler Fragen in einem Geiste gearbeitet worden ist, der Hoffnung auf eine Lösung im Wege der Verständigung und Verständigung neu belebt hat. Möge der Wille zur Gerechtigkeit und der Geist des Friedens auch im kommenden Jahre die Verhandlungen bei den noch der Lösung harrenden Entscheidungen befeuern und möge so das, was im vorangehenden Jahre erfolgreich begonnen wurde, auch im kommenden Jahre glückliche Weitererfolge werden. Auch die Fragen, deren Regelung noch offensteht und deren Lösung der nächsten Zeit vorbehalten ist, sind von schwerwiegender und weittragender Bedeutung für die Zukunft nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas und der Welt; es wird der Anstrengung aller Regierungen und aller Völker bedürfen, um auch hier den Geist des Rechts und des Friedens den Weg bestimmen zu lassen, auf dem die europäische Ordnung endgültig wiederhergestellt werden soll.

Das deutsche Volk ist gewillt, unter Einwirkung aller seiner Kräfte an diesem Wiederaufbau mitanzuhelfen, und wünscht, dazu beitragen zu können, daß für die ganze Welt eine neue Ära des Fortschrittes, der Freundschaft und des Friedens anbrechen möge, die Sie, Herr Nuntius, für die Zukunft mit bestem Glauben erhoffen.

Aum neuen Jahre spreche ich, analog im Namen des deutschen Volkes, Ihnen, Herr Nuntius und Ihnen, meine Herren, analog für Ihre Staatsoberhäupter, Regierungen und Völker meine herzlichsten und aufrichtigsten Wünsche aus.“

Diese Äußerungen des mahnehenden Zentrumsblattes haben in den politischen Kreisen ungeheures Aufsehen hervorgerufen. Man will sogar behaupten, daß sie den Auftakt zu den neuen Bemühungen des Reichskanzlers Dr. Marx hinsichtlich der Regierungsbildung darstellen, und daß kein geringerer als der Reichskanzler selbst diesen Artikel inspiriert hat. Jedenfalls unterscheidet sich die Sprache des Zentrumsblattes gegenüber Herriot sehr wesentlich von der Haltung, die die dem Außenminister Dr. Stresemann nahestehenden Kreise einnehmen, sobald man zweifellos schon jetzt voraussehen kann, wie heftig dieser „Germania“-Artikel von den einzelnen politischen Lagern umstritten werden wird.

Ein Mahnruf zur Einigkeit

Der Reichsminister Dr. Stresemann veröffentlicht einen Mahnruf zum neuen Jahre, in dem er heißt: Wir sind Großmacht geblieben auf dem Gebiete der weltwirtschaftlichen Beziehungen. Wir können Großmacht sein als Volk unter den Völkern, wenn wir zur rechten Stunde verstehen, die ideoellen Kräfte des Volkes zusammenzufassen zum Kampfe für seine Rechte. Daraus ergeben sich auch die Aufgaben der Parteien in der Gegenwart. Von

Darauf beauftragte der Reichspräsident die einzelnen Vorkämpfer, Geandten und Geschäftsträger und wechselte mit ihnen Neujahrswünsche. Bei dem Empfangen waren der Reichsaußenminister Dr. Stresemann und die Staatssekretäre Dr. v. Schubert und Dr. Weiskner zugegen.

Am Anschluß hieran wurden der Reichskanzler, der Reichsminister und die Staatssekretäre empfangen.

Der Reichskanzler beauftragte in seiner Ansprache u. a. die Frage der Räumung der Röhlerzone und führte hierzu aus: „Nach den uns vorliegenden Nachrichten müssen wir annehmen, daß die alliierten Mächte den im Pariser Vertrag für die Räumung der ersten Rheinlandszone vorersehenen Termin, den 10. Januar 1925, nicht innehalten wollen, und zwar aus Gründen, die wir nicht anerkennen können. Dieses Unrecht ist für uns eine unerwartete Enttäuschung und schafft zweifellos eine ernste Lage. Ich kann nur dringend der Hoffnung Ausdruck geben, daß aus dieser Lage noch ein Ausweg gefunden wird. Dies kann aber nur auf dem Wege gegenseitiger Verhandlung und Verständigung geschehen. Im kommenden Jahre muß deshalb dieser Weg der friedlichen Verständigung zwischen den Nationen, der in London mit Erfolge beschritten wurde, wieder gefunden werden. Möge aber auch das deutsche Volk, dessen ganze Kraft in den Dienst des Wiederaufbaues gestellt werden muß, sich nicht in unnötigen und vermeidbaren Parteikämpfen entzweien.“

Der Reichspräsident erwiderte die an ihn gerichteten Glückwünsche mit den Worten des Dankes und schloß seine Rede mit folgenden Worten: „Die Sprachen, Herr Reichskanzler, von der ernsten Sorge, mit der das neue Jahr beginnt, von dem wir den Anfang der Befreiung des Rheinlandes erhoffen. Unter allererster Wunsch am heutigen Neujahrstage ist der, daß der Geist der Gerechtigkeit und der Wille zur Verständigung der Völker obliegen mögen über die Idee der Macht und Gewalt, und daß uns und unsern Brüdern an Rhein und Ruhr das werde, worauf wir Anspruch haben: „Recht und Freiheit!““

Parteikämpfen untereinander haben wir genug erlebt in den beiden Reichstagswahlkämpfen. Wichtiger aber als der Streit der Parteien gegeneinander ist die Zusammenfassung nach außen. Das Wort: „Der Kampf um den Rhein“ ist der große Titel der weltwirtschaftlichen Kämpfe, um die es jetzt geht. Möchte es gelingen, in diesem Kampfe die Parteien einzusetzen für die vaterländische Idee.“

Die Kabinettskrise

Die Frage der Regierungsbildung wird, wie die „Zeit“ schreibt, von heute ab wieder aktiv aufgenommen werden. Man hofft, sie bald zu einem Ergebnis führen zu können. Eine Vertagung des bisherigen Reichskanzlers Marx mit der Regierungsbildung ist noch nicht erfolgt. Es bleibt abzuwarten, ob der Reichspräsident vielleicht versucht, Vertreter der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen über die Lage in dem Sinne zu befragen, ob sie eine Möglichkeit sehen, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Wenn die Parteien bei ihren bisherigen Verhandlungen verharren, ist eine solche Bildung allerdings nicht möglich, da Zentrum und Deutsche Volkspartei ihre Ansichten ebenfalls nicht geändert haben. In diesem Falle ist damit zu rechnen, daß der Reichspräsident ein überparteiliches Kabinett bildet oder Anlehnung an die Fraktionen.

Die Inflation des Verantwortlichkeitsgefühls

Von Dr. Kälig, M. d. R.
Als wir am Ende des Jahres 1923 standen, da war unser rückwärts gerichteter, präsender Blick noch wie gebannt von den Schicksalsschlägen, die dieses Jahr dem deutschen Volke gebracht hatte. Was der im Jahre 1918 verlorene Krieg nicht vermocht hatte, die Hoffnung der Franzosen auf den Zerfall des Deutschen Reiches und der deutschen Wirtschaft zu erfüllen, das hatte der Ruhr-Einbruch in grauenerregender Nähe gerückt. Mit Schauern hatten wir das furchtbare Schicksal von Hunderttausenden deutscher Volksgenossen an Rhein und Ruhr verfolgen müssen, hatten den Zusammenbruch unserer Währung in seinen nervenzerrüttenden Wirkungen monatelang ertragen und die schwersten wirtschaftlichen und innenpolitischen Zerstückungs-Erscheinungen sich entwickeln sehen. Wenn wir heute auf das Jahr 1924 zurückblicken, so bleibt der Blick zwar auch diesmal noch an so manchem Schweren haften, aber doch war dieses Jahr — in seiner Gesamtheit gewürdigt — ein solches der beginnenden Entlastung und Entspannung, und eine spätere Geschichtsschreibung wird es vielleicht als Wendepunkt in der Tragödie der Nachkriegszeit bezeichnen können.

In der seit 1918 über uns dahinschießenden Flut der Erscheinungen verblaßt in unserer Erinnerung selbst vieles, was für uns von schicksalshafter Bedeutung ist. Und solches hat das Jahr 1924 für uns in mehrfacher Beziehung gebracht. In unserem Blick haben wir von außen her ausschließlich durch Diktate, Ultimaten, Sanktionen und Reparationen bestimmten Schicksal wurden wir durch das Londoner Abkommen wenigstens aus der schlimmsten Not und Bedrängung befreit. Daß wir es dabei noch nicht mit einer endgültigen Sanierung der Einstellung unserer ehemaligen Feinde gegenüber Deutschland zu tun haben, zeigt uns deutlich ihr jegliches Verhalten in der Frage der Räumung der nördlichen Zone des besetzten Gebietes. Aber doch waren die Londoner Vereinbarungen die unerlässliche Voraussetzung für das Deutsche Reich und die deutsche Wirtschaft, finanziell wieder festen Boden unter den Füßen zu gewinnen. Und wenn nichts weiter in diesem Jahre gelungen wäre, als den Reichshaushalt wieder in Ordnung zu bringen und das Gebäude der neuen Währung auf festen Fundamenten zu errichten, wir würden mit Befriedigung auf diese Erfolge zurückblicken können. Gewiß waren die Methoden des Vorgehens zum Teil rücksichtslos und brutal; die drei Steuernotverordnungen, die Personalabbauverordnung und alle die übrigen Sanierungsgeetze griffen hart und tief in die rechtliche und wirtschaftliche Sphäre des einzelnen ein, aber in ihrer Gesamtheit waren sie doch eine rettende Tat. Dem steht auch nicht die Erkenntnis entgegen, daß bei fortschreitender Gesundung viele von diesen Notmaßnahmen durch eine organische Regelung ersetzt werden müssen. Wenn wir der Ansicht zu einer außenpolitischen Entspannung und zu einer wirtschaftlichen Gesundung gleichwohl nicht froh werden können, so liegt der Hauptgrund hierfür außenpolitisch in dem gerade jetzt aufstretenden Rückfall unserer Gegner in ihre alten Methoden, und innenpolitisch in der Erscheinung, daß in dem nun hinter uns